

STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT

Heinz Gärtner

Internationale Sicherheit und Frieden

Definitionen von A – Z

3. Auflage



Nomos

STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT

Lehrbuchreihe für Studierende der Politikwissenschaft an
Universitäten und Hochschulen

Heinz Gärtner

Internationale Sicherheit und Frieden

Definitionen von A – Z

3., erweiterte und aktualisierte Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4198-4 (Print)

ISBN 978-3-8452-8467-5 (ePDF)

3. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
Grundlegende Konzepte	13
Abschreckung	13
Empire	17
Friede	21
Gewalt	27
Intervention	29
Krieg	33
Macht (und Herrschaft)	45
Neutralität	50
Proliferation	55
Sicherheit	58
Strategie	72
Terrorismus	75
Theorie	83
Konzepte A-Z	91
Literatur	297
Index	329

Einleitung

Die Idee des Buches ist, die wichtigsten wissenschaftlichen Definitionen von Konzepten zu internationaler Sicherheit und Frieden darzustellen und die wissenschaftlich-politische Debatte dazu zusammenzufassen. Es ist kein Glossar, sondern die Vermittlung der wichtigsten Argumente zu den vorgestellten Konzepten.

Die zweite Auflage dieses Buches erschien vor zehn Jahren. Die grundsätzlichen Ansätze und Theorien zu internationaler Sicherheit und Frieden habe sich wenig verändert, wenn auch in der wissenschaftlichen Debatte weitere Argumente und empirische Resultate hinzugefügt wurden. In der realen Welt hat es aber weitreichende Entwicklungen gegeben, die wesentlichen Einfluss auf Konzepte und Theorien und deren Operationalisierung hatten.

Die Anregung zu diesem Buch kam von zwei Beobachtungen. Als Betreuer unzähliger Seminararbeiten sowie Diplomarbeiten und Dissertationen stellte ich fest, dass Studierende der Politikwissenschaft zunehmend Definitionen genuin politikwissenschaftlicher Begriffe, wie Macht, Hegemonie, Staat, Sicherheit, Friede, Anarchie, Struktur u. v. a., aus dem Internet und den darin befindlichen allgemeinen Wörterbüchern oder populärwissenschaftlichen Lexika entnehmen. Für wissenschaftliche Arbeitern ist das ungenügend. Nicht dass diese Definitionen unrichtig wären, sie dienen aber einem anderen Zweck als politikwissenschaftliche Literatur. Sie stellen nicht den Anspruch, den Stand der wissenschaftlichen Debatte wiederzugeben. Dieses Buch macht Studierenden und Experten wissenschaftliche Arbeitsdefinitionen leicht zugänglich. Die zweite Beobachtung betrifft Praktiker aus Politik, Verwaltung und Journalismus, die sehr oft politikwissenschaftliche Begriffe verwenden, und damit häufig auch das Verständnis der Begriffe in der öffentlichen Meinung prägen. Praktiker haben meist nicht die Zeit, die umfassende Literatur zu den jeweiligen Begriffen zu lesen. Auch ihnen soll mit diesem Lexikon die Möglichkeit und Sicherheit gegeben werden, sich schnell zu vergewissern, ob sie Begriffe entsprechend verwenden.

Traditionelle klassische Lexika müssen sich auf einige allgemeine Begriffe und Definitionen beschränken, spezialisierte Wörterbücher zur internationalen Politik bleiben bei der Auswahl notwendigerweise in Zufälligkeiten stecken. Da stehen internationale Organisationen (UNO, NATO, OSZE, GATT u.a.) neben anderen Organisationen (z. B. PLO) und Ländernamen sowie Konzepten (Liberalismus, Isolationismus, Marxismus u. a.). Definitionen stehen neben Beschreibungen. Manche Begriffe werden in diese Wörterbücher aufgenommen, andere nicht.

Dieses Buch spezialisiert sich auf Definitionen von Konzepten der internationalen Beziehungen, der internationalen Sicherheit und des Friedens. Es ist

kein Wörterbuch der internationalen Beziehungen, sondern ein Lexikon über Definitionen aus den genannten Bereichen. Nicht aufgenommen und beschrieben wurden Sachverhalte, die eindeutige empirische Information enthalten wie z. B. NATO oder Zweiter Weltkrieg. Wohl aber finden sich im Buch Begriffe wie Abschreckung, Bündnis, Beistandsgarantie, Krieg und Strategie, die keine eindeutig und offensichtlich empirischen Gegenstände darstellen. Man kann auch Machiavelli oder Morgenthau nicht definieren, wohl aber Realismus. Der Name Clausewitz ist in diesem Lexikon als Begriff nicht zu finden, wohl aber seine Definitionen von Krieg, Strategie, Angriff, Verteidigung usw. Das ist ein Lexikon zur Sicherheits- und Friedenspolitik, in dem sich Begriffe zu Konzepten und Theorien finden. Es ist kein Lexikon zur Militärpolitik und -technik. Daher findet man wohl Begriffe wie Strategie oder Taktik, ja selbst *information war*, nicht aber Manöver, Waffen oder bestimmte Waffenkategorien.

Das Wörterbuch soll dazu beitragen, Mehrdeutigkeiten und Unbestimmtheiten zu benennen und zu reduzieren. Streng wird darauf geachtet, dass das Definiendum, das definiert wird, und das Definiens, welches definiert, strikt getrennt sind, und das Definiendum nicht nochmals in der Definition vorkommt, da es sich sonst um eine zirkuläre Definition handeln würde. Vermieden werden auch nominale Definitionen, bei *denen* ein Begriff (Explikandum) lediglich durch einen anderen oder ein Synonym (Explikat) ersetzt wird.

Definitionen werden sowohl aus der einschlägigen Literatur zitiert, als auch eigene vorgenommen. Definitionen ohne Anführungszeichen aber mit Literaturverweisen wurden vom Autor zusammengefasst und konzentriert. Manchmal wurde eine Definition eines bestimmten Autors sprachlich etwas verändert, ohne den Gedanken zu verfremden. In fast allen Fällen werden sie näher erklärt. Die Erklärungen dienen der näheren Bestimmung der Definitionen, sie sollen aber auch zu einem weiteren Studium des Themas anregen.

Erklärungen grundsätzlicher Konzepte werden ausführlicher dargestellt und an den Anfang des Buches gestellt. Diese sind: Abschreckung, Empire, Friede, Gewalt, Intervention, Krieg, Macht und Herrschaft, Neutralität, Proliferation, Terrorismus, Theorie, Sicherheit und Strategie. Das ist eine Neuerung gegenüber der zweiten Auflage. Diese Begriffe verdienen, ausführlicher behandelt zu werden, weil sie für die Friedens- und Sicherheitsdebatte der letzten Jahre zentral waren und in vielfacher Hinsicht Basis für die meisten anderen Definitionen sind. Auf eine inhaltliche Einführung in das Buch wurde verzichtet, weil diese grundsätzlichen Begriffe einen guten Überblick über das Thema internationale Sicherheit und Frieden geben.

Teildefinitionen in der zweiten Auflage wurden nun in diese Überbegriffe integriert. So finden sich Unterbegriffe wie umfassende Sicherheit, Sicherheitsdilemma, Sicherheitsgemeinschaft u. a. im übergeordneten Begriff Sicherheit, humanitäre Intervention in Intervention u. s. w.

Die dritte Auflage wurde erweitert und aktualisiert, da Definitionen und Erklärungen auch von realen Entwicklungen abhängig sind und verändert werden. Zu stark aktuelle Bezüge wurden gestrichen, da diese nach einiger Zeit nicht mehr so große Erklärungskraft besitzen. Historische Bezüge wurden aber beibehalten und neue hergestellt, wenn eine Definition damit besser erklärt werden kann. Allgemeine Lexika wurden sehr selten herangezogen und nur dann, wenn in der sicherheitspolitischen Literatur keine geeigneten oder nur unzureichende Definitionen gefunden wurden (z. B. Patriotismus). Manchmal wurden Speziallexika befragt. Regel des Buches ist, dass die Definitionen kurz und klar sein müssen. Nicht alle in diesem Buch verwendeten Definitionen sind in der Literatur als solche ausgewiesen. Der Autor hat sie jedoch als solche für geeignet empfunden. Seit der ersten und der zweiten Auflage dieses Buches sind auch Neuauflagen der zitierten Literatur erschienen; aus Gründen der Praktikabilität wurden die Angaben der früheren Auflagen beibehalten.

Einige Benutzer werden sich fragen, warum diese oder jene Definition nicht aufgenommen wurde. Eine solche Frage mag in einigen Fällen berechtigt sein. Ein Lexikon ist jedoch immer ein unvollendetes Werk. Es wird selektiv bleiben müssen. Oft ist es eine subjektive Entscheidung des Autors, warum eine Definition aufgenommen wurde und eine andere nicht. Definitionen, die eher in eine Nachbardisziplin der internationalen Sicherheit passen, wurden ebenfalls nicht aufgenommen. Definitionen von Nachbardisziplinen mit Bezug zu internationaler Sicherheit haben jedoch Platz in diesem Lexikon. Der Begriff Demokratie ist eher in der klassischen oder vergleichenden Politikwissenschaft angesiedelt, wurde aber aufgenommen, weil er zentral ist für das Konzept des demokratischen Friedens, wonach sich Demokratien zueinander friedlicher verhalten als zu Nicht-Demokratie Desecuritization. Dieses Konzept gibt dem Begriff eine eindeutige sicherheitspolitische Dimension. Das vorliegende Lexikon enthält etwa 800 Begriffe mit über 1000 Definitionen, dazugehörigen Erklärungen, Literaturangaben und etwa 5000 Querverweisen.

Notwendigerweise können die Erklärungen in diesem Lexikon Experten in den jeweiligen Gebieten nicht voll zufriedenstellen, stehen doch hinter jeder einzelnen Definition eine jahrelange Debatte und unzählige Publikationen. Natürlich kann eine kurze Erklärung nicht den gesamten Hintergrund wiedergeben, wie das manche Spezialisten erwarten würden. Dennoch hat sich der Autor bemüht, den jeweiligen Diskussionsstand in Definition und Erklärung zu erfassen. Der Zweck des Lexikons ist es, die spezialisierten Definitionen kurz und verständlich zu erläutern. Der Autor ist auch dankbar für die Hinweise, die in diese neue Auflage Eingang finden konnten.

Hilfreich für die wissenschaftliche Forschung sind die umfassenden Querverweise zu anderen Begriffen. Damit werden Zusammenhänge hergestellt, die in der Literatur, die vorwiegend ein Thema behandelt, zumeist nicht sichtbar

sind. Das Lexikon kann so durchaus auch als Monographie gelesen werden, wenn der Leser den Verweisen immer weiter folgt. Er kann dabei selbst bestimmen, bei welchem Pfad er weiter lesen will. Das Werk ist so aufgebaut, dass auf diese Weise das gesamte Buch gelesen werden könnte.

Ein Pfeil > zeigt an, wenn es eine Definition eines >Begriffes an anderer Stelle im Lexikon gibt. Ein Doppelpfeil >> verweist auf die grundsätzlichen Konzepte, die sich am Beginn des Buches befinden. Die Pfeile werden jedoch nur angeführt, wenn der angezeigte Begriff das erste Mal in Definition und Erklärung vorkommt. Ansonsten würden die Verweise unübersichtlich werden. Ebenso wurden viele überflüssige kursiv geschriebene Begriffe und Anführungszeichen gegenüber der zweiten Auflage weggelassen, weil sie nicht zusätzlich zur Verständlichkeit beitragen.

Begriffe, die unter einer anderen Definition erfasst werden, werden erwähnt aber auch mit Pfeilen versehen. Das trifft insbesondere auf Unterbegriffe der grundsätzlichen Konzepte zu. Etwa findet sich Sicherheitsdilemma unter dem Hauptbegriff >>Sicherheit. Zwischen Singular und Plural wird nicht unterschieden. Wenn eine Definition einen Hauptbegriff und ein Attribut hat, wird zumeist der Hauptbegriff mit dem Pfeil versehen; z. B. >Regime, internationale. Bei zusammengesetzten Begriffen wird derjenige durch Pfeil angezeigt, auf den verwiesen werden soll (z. B. bei dem Begriff Völkerrechtsverletzung auf >Völkerrecht). Wenn sich ein Begriff bei den grundsätzlichen Konzepten zu Beginn des Buches befindet, findet sich auch ein Verweis bei seinem alphabetischen Platz (z. B. Sicherheit siehe >>Sicherheit oder Friede siehe >>Friede).

Gibt es einen gängigen englischen Begriff wird er entweder als Hauptbegriff verwendet mit einem Hinweis an der Stelle, wo sich der deutsche Ausdruck befindet (z. B. Friedenserhaltung siehe >peacekeeping); steht der deutsche Begriff als Hauptbegriff, gibt es ebenfalls einen Verweis (z. B. Balance of power siehe >Mächtegleichgewicht). Die jeweilige Zuordnung ist zumeist eine Ermessenssache des Autors. Es gibt aber auch englische Begriffe, die keine oder eine nur sehr mangelhafte deutsche Entsprechung haben; hier wird kein deutscher Begriff angegeben (z. B. balancing oder bandwagoning). Für Definitionen aus der englischsprachigen Literatur wird eine deutsche Übersetzung angeboten. Oft besitzt die englische Originalfassung aber mehr Klarheit, weshalb sie in der Fußnote beibehalten wurde.

Nach jedem Eintrag gibt es eine Auswahl von drei Literaturempfehlungen. Diese kommen entweder aus den verwendeten Hinweisen oder auch aus einschlägiger nicht direkt zitierter Literatur. Die Auswahl wurde nach bestem Gewissen getroffen; bei der Fülle von Literatur und Quellen musste sie aber auch eine subjektive Entscheidung des Autors bleiben.

Schließlich wurde gegen dieses Projekt manchmal eingewendet, dass Definitionen nur nach einer abgeschlossenen Studie sinnvoll seien, da sie für sich genommen wenig aussagen würden. Sicherlich ist richtig, dass Definitionen in

Beziehung zum jeweiligen Untersuchungsgegenstand stehen sollen. Es ist jedoch nicht notwendig, dass alle Schritte, die zu einer Definition führten, jedes Mal neu vorgenommen werden. Neuentwicklungen können auf der Basis der bisher gewonnenen Erkenntnisse, die zu einer bestimmten Definition führten, aufbauen.

An dieser Stelle möchte ich dankend darauf hinweisen, dass der Vorschlag für die dritte Auflage dieses Buches von Beate Bernstein von der NOMOS-Verlagsgesellschaft kam. Bedanken möchte ich mich auch beim International Institute for Peace (IIP), das mir die Infrastruktur für die Arbeit an diesem Buch zur Verfügung stellte. Das Projekt wurde weiters von der Direktion für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport in Wien unterstützt. Ganz besonderer Dank gilt der Lektorin Claudia Hangen für ihre gewissenhaften Verbesserungsvorschläge. Ich möchte auch nochmals Hakan Akbulut erwähnen, der die erste Auflage des Buches korrigiert hat.

Grundlegende Konzepte

Abschreckung

Abschreckung ist ein sehr schillerndes Konzept, für das es viele Definitionsvarianten gibt. Befürworter nehmen an, dass es kriegsverhindernd wirkt, Skeptiker argumentieren, dass das nicht beweisbar ist. Auch die Wirksamkeit wird verschieden interpretiert, was in den unterschiedlichen Definitionen zum Ausdruck kommt:

- Abschreckung ist eine >>Strategie, die einen Gegner durch Androhung von >>Gewalt davon abhalten soll, selbst Gewalt anzuwenden.
- Abschreckung bedeutet, „die Überzeugung (>persuasion) eines potentiellen Feindes, bestimmte Aktionen in seinem eigenen Interesse zu vermeiden“. (Schelling, 1960, 9)¹
- Nukleare Abschreckung ist die Fähigkeit, im Falle eines Angriffs oder einer Drohung (>Bedrohung) mit einem Angriff mit Nuklearwaffen Vergeltung zu üben.
- Abschreckung soll mit Androhung eines ernsthaften Schadens verhindern, dass eine Partei etwas tut, was die erste Partei nicht will. (vgl. Morgan, 2003, 1)
- Abschreckung ist „erfolgreich, wenn der erwartete Nutzen der Anwendung von Waffengewalt niedriger ist als der erwartete Nutzen der Nichtanwendung“. ² (Huth and Russett, 1990, 469–470)
- Abschreckung soll den Gegner überzeugen, dass seine Kosten eines potentiellen Angriffs höher sind als sein Nutzen.

Abschreckung ist die Drohung, Gewalt anzuwenden, um Verhalten insofern zu beeinflussen, dass etwas geschieht, was man nicht will. Eine Handlung soll wegen der Furcht vor Konsequenzen verhindert werden. Abschreckung ist ein Gesinnungszustand, der durch eine glaubwürdige Drohung einer nicht akzeptablen Gegenreaktion hervorgerufen wird.³ Um glaubwürdig zu sein, müssen Nuklearwaffen auch einsetzbar werden. Das bedeutete, dass sie nicht nur der Abschreckung dienten, sondern sie müssen auch Kriegsführungswaffen sein.

Das System der Abschreckung beruht auf der Annahme, dass alle beteiligten >Akteure rational handeln. Denn irrationale Akteure würden auch aus der Position der Unterlegenheit, ja auf die Gefahr der Selbstvernichtung hin, einen

1 Übers. d. Aut. Die Originalfassung lautet: Deterrence is „persuading a potential enemy that he should in his own interest avoid certain courses of activity“.

2 Übers. d. Aut. Die Originalfassung lautet: „Deterrence is predicted to succeed when the expected utility of using force is less than the expected utility of not using force“.

3 Department of Defense Dictionary, 1994 zitiert in Morgan (2003, 1).

>Angriff starten. Die Strategie der Abschreckung entwickelte während des >Ost-West-Konfliktes ihre bisher höchste Perfektion und war Ursache des Rüstungswettlaufs (>Rüstungskontrolle), da wegen immer wieder entstehender Lücken (Bomber, Raketen usw.) ständig nachgerüstet werden musste. Beide Seiten strebten nach Eskalationsdominanz, d. h. der >Fähigkeit zum letzten Schlag.

Massive Vergeltung bedeutet die gesicherte nukleare Zweitschlagfähigkeit nach einem massiven strategischen Ersteinsatz von Nuklearwaffen. Massive Vergeltung war die erste ausgefeilte Nuklearstrategie während des Ost-West-Konfliktes und >Kalten Krieges und geht auf die fünfziger Jahre zurück. Einer Konfliktpartei sollten nach einem nuklearen Erstschlag der anderen Seite so viele Nuklearwaffen (>strategische Nuklearwaffen) übrig bleiben, dass sie der angreifenden Seite einen vernichtenden oder zumindest unannehmbaren zweiten Nuklearschlag zufügen kann. Diese Strategie wurde als MAD (Mutual Assured Destruction) bekannt. Beide Seiten (Sowjetunion und USA) versuchten jedoch immer wieder, die Möglichkeit eines vernichtenden ersten Schlages zu erreichen (z. B. durch Raketen mit Mehrfachsprengköpfen).

Obwohl das Konzept eine Vernichtung des Feindes durch einen einzigen Angriff impliziert, führte die Abschreckungsstrategie während des Ost-West-Konfliktes zur Entstehung eines Nuklearwaffenarsenals, dessen Umfang eine 40-fache Zerstörung der Welt ermöglicht hätte. Gegenseitige Abschreckung wurde im Verlauf des Kalten Krieges nicht mehr schlichtweg als potentielle gegenseitige Vernichtung verstanden. Vielmehr wurde sie als potentielle Zerstörung in raffinierter Weise begriffen, was an der Nuklearpolitik der Supermächte klar erkennbar war.

Das Konzept der massiven Vergeltung (massive retaliation) und Vernichtung wurde ersetzt durch maßgeschneiderten Einsatz von Nuklearwaffen. Die Flugzeiten wurden verkürzt und die Treffgenauigkeit erhöht. Das System der Abschreckung muss glaubwürdig sein. D. h. die Androhung eines Vergeltungsschlages mit kleinen, in beschränktem Rahmen einsetzbaren Nuklearwaffen ist glaubwürdiger als mit großen Vernichtungsschlägen. Kleinere Nuklearwaffen können aber nicht nur zur Abschreckung, sondern auch zur >Kriegführung eingesetzt werden.

Counter-force ist eine Nuklearstrategie, die – im Unterschied zu counter-value – im Allgemeinen gegen militärische Ziele oder im Speziellen gegen ein Ziel gerichtet ist, das Teil des nuklearen Systems des Feindes ist (Streitkräfte und Führungszentren). Die Strategie der nuklearen Abschreckung muss den Einsatz von Nuklearwaffen glaubhaft demonstrieren. Neben der Verkleinerung der Nuklearsprengköpfe sollte die counter-force-Strategie ihren Einsatz gegen militärische Ziele glaubhafter erscheinen lassen als gegen zivile. Niemand konnte jedoch glaubhaft die Eskalationsgefahr ausschalten. Wegen der wachsenden Zahl der Ziele (targets) wurden während des Kalten Krieges mehr An-

griffsoptionen und damit eine größere Anzahl von Nuklearwaffen notwendig. Infrastruktur (>kritische Infrastruktur), politische und militärische Führungsstäbe sowie Streitkräfte wurden auf die Zielliste gesetzt. Während der Siebzigerjahre wurde die counter-value-Strategie (Zerstörung von Städten und Bevölkerungszentren) nach und nach durch die counter-force ergänzt, wodurch die Liste potentieller Ziele weiter ausgedehnt wurde. Als Folge kam es zu einer Verbreiterung der Einsatzplanung im Land des Gegners und zu einer Ausdehnung auf Territorien von Verbündeten, für den Fall, dass diese besetzt werden würden. Im Unterschied zu counter-force ist counter-value eine Nuklearstrategie, die – im Unterschied zu counter-force – nicht gegen engere militärische Ziele gerichtet ist, sondern gegen wirtschaftliche, politische und industrielle Strukturen (Fabriken, Kraftwerke, Transportsysteme, Lagerhallen, Regierungsgebäude, Polizeistationen usw.) Manche Abrüstungsexperten argumentieren, dass eine reine counter-value-Strategie weniger Ziele und damit weniger Nuklearwaffen erfordern würde. Diese Argumentation kann aber moralisch kaum begründet werden, wenn eine Abschreckungsstrategie nur zivile und nicht militärische Ziele bedroht.

Glenn Snyder (1961) unterscheidet zwischen Abschreckung durch Bestrafung (by punishment) und Abschreckung durch unwirksam Machen einer Aktion (by denial). Im ersten Fall werden im Falle einer bestimmten Aktivität hohe Kosten angedroht (z. B. Vernichtung einer Stadt), im zweiten Fall soll der Gewinn einer derartigen Aktivität zu gering gehalten werden, um sie durchzuführen (z. B. durch ein Raketenabwehrsystem).

Während des Kalten Krieges wurde auch der Begriff der extended deterrence entwickelt, der ausdrückt, dass Abschreckung auf Verbündete (>Bündnis) ausgedehnt werden kann. Es gab immer Zweifel, ob das im Ernstfall auch funktionieren würde. Hätten die USA Washington für Paris geopfert? Dieses Dilemma wäre entstanden, wenn die USA als Reaktion auf einen Angriff der Sowjetunion auf Europa einen Vergeltungsschlag ausgeführt und damit einen Gegenschlag auf das eigene Territorium riskiert hätten.

Vertreter der realistischen Schule (>Realismus) sind davon überzeugt, dass die Absenz eines Nuklearkrieges zwischen den USA und der Sowjetunion während des Kalten Krieges vor allem in der gegenseitigen Abschreckung begründet lag. In Wahrheit lässt sich jedoch nicht mit absoluter Sicherheit sagen, ob Abschreckung wirkt. Man kann nicht beweisen, warum etwas nicht passiert ist. Die Tatsache, dass ein Nuklearkrieg nicht stattgefunden hat, ist auf eine Vielzahl unterschiedlicher politischer und militärischer Faktoren zurückzuführen, zu denen Rüstungskontrollverhandlungen, vertrauensbildende Maßnahmen sowie Kooperation innerhalb der KSZE und andere Rüstungskontrollregime und Institutionen zählten. (>>Sicherheit)

Der Unterschied zwischen der Abschreckungstheorie und Verhandlungsmodellen (>Verhandlungen) besteht darin (>>Theorie), dass die klassische Ab-

schreckungstheorie voraussagt, dass Krieg wahrscheinlicher wird, wenn das Ungleichgewicht zwischen zwei oder mehr >Staaten zunimmt. Verhandlungsmodelle hingegen nehmen an, dass Krieg nicht dann wahrscheinlicher wird, wenn es ein größeres Ungleichgewicht gibt, sondern wenn es unterschiedliche Einschätzungen über das Gleichgewicht gibt (>Mächtegleichgewicht).

Abschreckung und >Abwehr stehen in einem Spannungsverhältnis. Ein geplantes Raketenabwehrsystem der USA (>Raketenabwehrschild) soll Abschreckung ergänzen. Die Argumentation lautete, dass dieses System gegenseitiger Zerstörung unmoralisch sei und sein Scheitern apokalyptische Auswirkungen hätte. >>Friede durch gegenseitige >Verwundbarkeit sowohl des Militärs als auch der Zivilbevölkerung soll durch Unverwundbarkeit ersetzt werden. Aus diesem Grund kündigten die USA 2002 den ABM-Vertrag (Antiballistic Missile Treaty) von 1972, der die Errichtung eines solchen Systems verbot. Dieser Vertrag, so die Argumentation, sei ein Symbol der >Bipolarität, der moralisch nicht akzeptablen Androhung gegenseitiger Vernichtung sowie der Rüstungskontrolle überhaupt. Das Raketenabwehrsystem soll die USA, und später vielleicht auch Verbündete, gegen Raketen vor allem aus Problemstaaten (>rogue states) schützen. Die Wirksamkeit eines derartigen Systems wird von vielen Experten jedoch angezweifelt. Das Prinzip der Abschreckung wurde in der US-National Security Strategy (NSS) vom September 2002 durch das des >Präventivkrieges ergänzt.⁴ Die USA und die NATO halten aber weiterhin am Prinzip der Abschreckung fest. In der Deterrence and Defence Posture Review der NATO (2012) heißt es, dass die Verbündeten Abschreckung als Kernelement der kollektiven >Verteidigung betrachten und dass Abschreckung zu Unteilbarkeit der Sicherheit des Bündnis beiträgt.⁵

Nach Ende des Ost-West-Konfliktes treten neue Bedrohungen in den Vordergrund. Daher argumentieren viele Beobachter, dass Abschreckung in einer Welt von sogenannten Schurkenstaaten und Terroristen (>>Terrorismus) nicht mehr funktioniert, da es sich um irrationale Akteure handle und sie nur wirksam wäre, wenn alle Beteiligten rational handeln.⁵ Gallucci (2005) spricht daher davon, dass expanded deterrence gegen Nuklearterrorismus möglich sei. Die USA arbeiten an dem Programm >prompt global strike, das in der Lage sein soll, mit konventionellen Waffen fast alle Teile der Welt zu erreichen. Nukleare Abschreckung könnte damit teilweise ersetzt oder aber auch ergänzt werden.

4 In der National Security Strategy 2002 heißt es: „Traditional concepts of deterrence will not work against a terrorist enemy whose avowed tactics are wanton destruction in death and whose most potent protection is statelessness.” The National Security Strategy of the United States of America, September 2002, Chapter 5. Siehe auch National Security Strategy of the United States of America, March 2006, Sec. 5.

5 „Allies’ goal is to bolster deterrence as a core element of our collective defence and contribute to the indivisible security of the Alliance.” North Atlantic Treaty Organization, Deterrence and Defence Posture Review, May 2012.

Es gibt eine Reihe von Versuchen, abschreckungsfreie Bereiche zu schaffen, wie nuklearwaffenfreie Zonen oder >negative security assurances (NSAs) (negative Sicherheitsgarantien), als das Versprechen von >Nuklearwaffenstaaten, keine Nuklearwaffen gegen Nichtnuklearwaffenstaaten einzusetzen.

Weiterführende Literatur:

Morgan, Patrick M, Deterrence now.

Snyder, Glenn H., Deterrence and Defense: Toward a Theory of National Security.

Schelling Thomas C., The Strategy of Conflict.

Empire

Der Begriff Empire wurde im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts neu im Zusammenhang mit der Rolle der USA diskutiert. Die Diskussion konzentrierte sich vor allem auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu den Imperien der Vergangenheit.

Ein Empire „ist ein multinationaler oder multiethnischer Staat, der über andere politische Einheiten formelle und informelle Kontrolle ausübt“.⁶ (Cohen, 2004, 50) Diese Definition legt den Schwerpunkt auf die beiden Merkmale Heterogenität und Dominanz. Ein Empire ist ethnisch und sprachlich heterogen und es ist hierarchisch. (>Hierarchie)

Empire (Imperien) bestehen aus „Beziehungen, bei denen einigen politischen Gesellschaften (>Gesellschaft, internationale) die politische Kontrolle faktischer >Souveränität von anderen auferlegt wird“.⁷ (Doyle, 1986, 19) Diese Definition impliziert den zwangsweisen Charakter politischer Kontrolle. Diese kann aber auch nicht nur durch Zwang, sondern auch durch das Bereitstellen von Vorteilen ausgeübt werden. Es gibt auch verschiedene Abstufungen von stärker militärisch zu stärker administrativ orientierter politischer Kontrolle. Außerdem kann politische Kontrolle auch durch >Hegemonie ausgeübt werden, was üblicherweise nicht dasselbe wie Empire ist.

Ein Empire „ist die Herrschaft, die ein Staat über andere ausübt, um sowohl externes Verhalten zu lenken, als auch um sich eines Minimums an akzeptablen internen Verhaltensformen zu versichern“.⁸ (Rosen, 2003, 51) Diese Definition ist ziemlich unklar und lässt alle Interpretationen offen. Der Einfluss auf außenpolitisches Verhalten wird zwar klargestellt, aber was ist ein Mini-

6 Übers. d. Aut. Die Originalfassung lautet „An Empire is a multinational or multiethnic state that extends its influence through formal and informal control of other polities.“ (Cohen, 2004, 50)

7 Übers. d. Aut. Die Originalfassung lautet: Empires are „relationships of political control imposed by some political societies over the effective sovereignty of other political societies“.

8 Übers. d. Aut. Die Originalfassung lautet: „Empire is the rule exercised by one nation over others both to regulate their external behavior and to ensure minimally acceptable forms of internal behavior within the subordinate states“.

mum an akzeptablen internen Verhaltensformen? Darunter kann direkte oder auch indirekte Einflussnahme auf die inneren Strukturen verstanden werden. Der Begriff Empire wird oft angewendet, um die hegemoniale Position der USA vom klassischen >Imperialismus zu unterscheiden: „Americas Empire ist nicht dasselbe wie die vergangenen Empire, die aus Kolonien, Eroberung und der Bürde des weißen Mannes bestanden. ... Das Imperium des 21. Jahrhunderts ist eine neue Erfindung in den Annalen der Politikwissenschaft, ein Empire lite ist eine globale Hegemonie, dessen schöne Nebenerscheinungen freie Märkte, Menschenrechte und Demokratie sind, die von der großartigsten Militärmacht, die die Welt jemals gekannt hat, umgesetzt wird.“⁹ (Ignatieff, 2003a)

Bei der Frage, ob die USA überhaupt als Empire zu bezeichnen sind, gibt es im Wesentlichen zwei Positionen: 1) Die USA sind ein, wenn auch liberales Empire im Sinne der britischen Tradition, weil imperiale Kontrolle Ordnung schafft. (Ferguson, 2004) Nach dem Antritt der Administration George W. Bush begannen neokonservative Intellektuelle (>Neokonservatismus) zu Beginn des Jahrhunderts darüber zu diskutieren, ob die USA nicht doch ein Empire seien. Ein britischer Spross, Niall Ferguson (2004), verweist auf die globale Ausdehnung und den großen Einfluss der USA ohne seinesgleichen in Geschichte und Gegenwart. Den USA fehle es jedoch an dem Selbstbewusstsein eines Empire oder einer Weltmacht. (>Unipolarität) Er spricht daher wie Andrew J Bacevich (2002) von einer gewissen Selbstverleugnung („Empire by denial“) darüber, was die USA sind und was sie anstreben. 2) Wenn ein dominanter >Staat (>Dominanz) in einem hierarchischen System (>System, internationales) nicht versucht, seine Position in unkontrollierten Einfluss umzusetzen, sondern sich an die Verhaltensregeln internationaler >Diplomatie und Institutionen (>Institutionen, internationale, >Institutionalismus) auf der Basis von Gegenseitigkeit und Verhandlungen hält, ist er kein Empire. (Ikenberry, 2004) Darüber hinaus seien Empire mit Republiken und >Demokratien unvereinbar. (Hart, 2004)

Ein Kriterium für die Bestimmung von Imperien ist Territorium. Aber auch da gibt es widersprüchliche Interpretationen. Herfried Münkler (2005) befürwortet die These, dass Imperien per definitionem kein klar abgegrenztes Territorium benötigen und dass alle Imperien in der Geschichte ausgefranste Ränder gehabt hätten. (>contiguity) Kritiker (Maier, 2006) wenden ein, dass Imperien Staaten gleich feste Grenzen hätten, die aber durch Eroberung zustande gekommen sind. Die Sicherung dieser Grenzen ist Quelle ständig wiederkehren-

9 Übers. d. Aut. Die Originalfassung lautet: „America’s Empire is not like Empires of times past, built on colonies, conquest and the white man’s burden. ... The 21st century imperium is a new invention in the annals of political science, an Empire lite, a global hegemony whose grace notes are free markets, human rights and democracy, enforced by the most awesome military power the world has ever known.“

der >>Gewalt an der Grenze. Münkler sieht sogar darin den Beginn des Zusammenbruchs der Imperien, indem die Peripherien das imperiale Zentrum in permanente Kämpfe verwickelt, wodurch es innerlich ständig geschwächt wird. Wenn das Imperium aber feste Grenzen anerkennt (wie etwa die Entscheidung von Kaiser Augustus im 1. Jahrhundert v. Chr., das römische Imperium beim Rhein zu begrenzen), verzichtet es auf universalen Anspruch.

Eine Entscheidung darüber, ob die USA ein Empire seien oder nicht, kann mit dem Kriterium Territorium nicht gefällt werden, da sowohl diejenigen, die das Kriterium von festen Grenzen ablehnen (Münkler, 2005), als auch diejenigen, die es anerkennen (Maier, 2006), in den USA gerne ein Empire sehen würden. Die USA haben im globalen Sinn kein Territorium erobert, wohl aber ihr gegenwärtiges Territorium durch Gewalt von Spanien und Mexiko sowie von den Eingeborenen, durch Kauf von Frankreich und Russland und durch Übereinkommen von Großbritannien ausgeweitet. Das Argument, dass das Kriterium Märkte und weltweite Transaktionen territorialen Besitzungen gleichkämen, die sich ständig erneuern, ignoriert, dass direkte militärische Interventionen der USA kaum etwas mit der Schaffung von Märkten zu tun hatten, wenn man an Korea, Vietnam, Grenada, Panama, Afghanistan und Irak denkt.

John Judis (2004) vergleicht die Periode am Beginn des 21. Jahrhunderts mit der Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Immer wenn sich die USA auf imperiale Abenteuer einließen, sind sie gescheitert. Die Präsidenten T. Roosevelt und W. Wilson mussten letztlich einsehen, dass sie nach dem spanisch-amerikanischen Krieg 1898 bei der Besetzung der Philippinen und beim Versuch, zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Mexiko einen Regimewechsel herbeizuführen, gescheitert seien. Dasselbe träfe auf Vietnam, den Irak und Afghanistan zu.

Eine Reihe von anderen Faktoren weist darauf hin, dass die USA nicht ein Imperium im klassischen Sinne sind. Dadurch dass sie keine Kolonien besitzen, haben sie auch wenig direkten Einfluss auf innenpolitische Strukturen in anderen Ländern, auch dort, wo ihr außenpolitischer Einfluss groß ist. Sie können nicht kontrollieren, welche Regierungen im Mittleren Osten, im Golf und auch nicht in Europa an die >>Macht kommen, selbst wenn sie wollten. Deshalb spricht Robert Kaplan (2006), der unbedingt am Begriff Empire festhalten will, von einem impliziten denn einem expliziten Empire. Um den Begriff für die USA zu retten, sprachen einige Autoren von einem „Empire der besonderen Art“. Dieser Begriff vermischte sich mit dem des „American exceptionalism“, wie bei Ignatieffs „Empire lite“. Mit exceptionalism ist die Sonderstellung der USA in der Welt gemeint, wobei oft nicht genau die subjektive Selbsteinschätzung von der objektiven Machtstellung unterschieden wird. Falken neigen dazu, die objektive Machtstellung zu überschätzen und überdurchschnittlich an positive Ergebnisse bzw. die Kontrollierbarkeit ihrer Handlungen zu glauben. (Kahneman/Renshon, 2006) Um den wohlwollenden Charak-

ter des amerikanischen Empires herauszustreichen, wurde auch der Begriff „Empire by invitation“ wiederentdeckt. (Maier, 2006) Ursprünglich wurde der Begriff im Zusammenhang mit dem >Kalten Krieg verwendet, um die freiwillige Schutzfunktion der USA über Westeuropa gegen die Sowjetunion auszudrücken. (Lundestad, 1991¹⁰) Dieser Begriff soll den Gegensatz zum Eroberungsimperialismus herausstellen. Wenn auch die USA keine Eroberungen im klassischen imperialen Sinne durchführen, so finden ihre Interventionen auch nicht immer aufgrund von Bitten statt; sie wurden nicht nach Vietnam, nicht in den Irak und nicht einmal nach Deutschland und Japan nach 1945 eingeladen. Neben denjenigen, die meinen, die USA seien ein Empire oder seien auf dem Weg dazu, gibt es diejenigen, die glauben, sie seien ein Empire im Abstieg. Diese Argumentation nimmt Anleihen an der >>Theorie der >Hegemoniezyklen (>hegemonic decline, >imperial overstretch). (Todd, 2002; Johnson, 2000, 2007)

Im historischen Vergleich haben die USA wenig mit klassischen Imperial-Reichen gemein. In den römischen und persischen Weltreichen haben die Zentren zumindest versucht, die inneren Strukturen der Peripherie durch Unterwerfungen zu bestimmen, wenn es auch gerade deswegen immer wieder zu >Aufständen kam. Athen kann in diesem Sinne nur bedingt als Imperium angesehen werden, da es zwar brutale Bestrafungsaktionen gegen untreue Staaten (z. B. Thasos und Melos) durchführte, aber wesentlich eine Politik des >Mächtegleichgewichts gegenüber Sparta betrieb.

Das britische Empire übte die koloniale Herrschaft durch langfristiges Engagement aus. Es investierte in Infrastruktur und baute eine Verwaltung auf, in der es Personen beschäftigte, die sich darauf einstellten, den Großteil ihres Lebens im jeweiligen Kolonialreich zu verbringen und auch die jeweiligen Sprachen lernten. Dadurch wurde aber auch das innere politische System (>Analyseebenen) nach den Vorstellungen der Kolonialmacht geformt. Die europäischen Imperialmächte unterdrückten >Widerstand, der sich gegen diese von außen auferlegten inneren politischen Strukturen richtete, zum Teil mit äußerster Gewaltanwendung. Die Kolonialmächte blieben auch noch dann lange in den Kolonien, als längst klar geworden war, dass die Kosten der Herrschaft den Gewinn aus den Kolonien überstiegen. Die USA hingegen scheuen langfristige und kostspielige Engagements außerhalb ihres Territoriums. Es gibt auch keine gebildeten amerikanischen Verwaltungsbeamten, die ihr Leben etwa in Vietnam oder im Irak hätten verbringen wollen, wie etwa diejenigen Absolventen von Oxford oder Cambridge in Indien. (Ferguson, 2004; Cox, 2006)

10 Geir Lundestad geht noch einen Schritt weiter, indem er von einem amerikanischen „Empire by integration“ spricht, wodurch er die komplementäre Entwicklung der USA und Westeuropa betonen will.

Paul Kennedy (2006) definiert ein Empire als ein Land A, „das unverhältnismäßig großen Einfluss auf Land B (hat); Land B wird von Land A geschützt und gestattet ihm die Nutzung von Luftstützpunkten und Häfen; die Hauptexporte von Land B gehen in Land A“. Für Paul Kennedy sind die USA nach dieser Definition bereits ein Imperium, weil US Soldaten auf der ganzen Welt stationiert sind, und Zugangsrechte zu zahlreichen Häfen und in vielen Ländern Luftstützpunkte eingerichtet haben. Als wirtschaftlich stärkstes Land der Welt ist es natürlich auch ein wichtiges Importland. Wendet man diese Kriterien an, wären auch westeuropäische Länder Kolonien der USA. Kennedy hält die Definition auch so allgemein, weil dadurch seine These vom Aufstieg und Fall von Großmächten (Kennedy, 1987) sowohl auf die Imperien der Vergangenheit als auch auf die USA anwendbar ist.

Um eine klare Abgrenzung von Hegemonie und Empire vornehmen zu können, ist eine genauere Definition von Empire notwendig. Der wesentlichste Unterschied besteht nun darin, dass sich Hegemonien auf die Einflussnahme auf das Außenverhalten von anderen Staaten beschränken, während Empire auch die inneren politischen Strukturen bestimmen. Klarere Definitionen könnten also lauten:

Ein Empire ist ein Staat, der sowohl das Außenverhalten als auch das innere politische System von anderen Staaten langfristig bestimmen kann. Eine Beeinflussung externen Verhaltens anderer Staaten kann auch durch einen Staat erfolgen, der eine militärische und wirtschaftliche Monopolstellung innehat. Ein Empire muss hingegen auch Einfluss auf die inneren Strukturen anderer Staaten haben, um >>Sicherheit, Akzeptanz und Stabilität (>strategische Stabilität) aufrechtzuerhalten, die politischen Eliten an das Empire zu binden und um Steuern für die Ausgaben des Empires einzuheben. Das Empire bestimmt die Regeln und Prinzipien des hierarchischen Verhaltens, ohne ihnen selbst unterworfen zu sein.

Weiterführende Literatur:

Ferguson, Niall, *Colossus: The Price of America's Empire*.

Kennedy, Paul, *Aufstieg und Fall der großen Mächte: Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*.

Münkler, Herfried, *Imperien: Die Logik der Weltherrschaft – vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*.

Friede

Bei der Frage, was Friede ist, ist es üblich geworden, zwischen negativem und positivem Frieden zu unterscheiden. Negativer Friede bedeutet die Abwesenheit von >>Gewalt und >>Krieg, während positiver Friede positive Elemente, wie Gleichheit und Gerechtigkeit, hervorhebt. In dieser Definition wird Friede

negativ definiert: Friede „besteht in einem internationalen System (>System, internationales) dann, wenn die in ihm ablaufenden >Konflikte kontinuierlich ohne die Anwendung organisierter militärischer Gewalt bearbeitet werden“. (Czempiel, 1998, 45)

Mit dem Verweis auf die Bedeutung von gerechter Verteilung und Wohlfahrt im Inneren für äußeres friedliches Verhalten wird die positive Dimension der Definition hinzugefügt: Friede „kann jetzt definiert werden als ein Prozessmuster des internationalen Systems, das gekennzeichnet ist durch abnehmende Gewalt und zunehmende Verteilungsgerechtigkeit“. (Czempiel, 1986, 47; 1998; 1999; vgl. auch Müller, 2016, 2017)

Wenn man Frieden nicht nur negativ durch die Abwesenheit von Gewalt und Krieg definiert, können eine Reihe von positiven Aspekten betont werden, wie soziale Fragen (Verteilungsgerechtigkeit und Gleichheit) und personale Freiheiten (persönliche Freiheit, menschliche Kreativität), aber auch ökologische Aspekte. (Jahn, 1984, 155; Galtung, 1971, 86)

Johan Galtung bezeichnet den negativen Frieden als Abwesenheit von personaler und struktureller Gewalt. Es ist dies ein Frieden, der nicht allein in der Abwesenheit von internationaler Gewaltausübung besteht, sondern in der Abwesenheit von personaler Gewalt und struktureller Gewalt in allen Gesellschaftsbereichen. (Galtung, 1975, 33–35; Galtung, 1995, 385–418) Schritte zum positiven Frieden sind die Schaffung von Organisationen, die Regierungen und Menschen über Nationalgrenzen hinweg verbinden und die >Staaten in ein Geflecht harmonischer und kooperativer Beziehungen einbetten. (Galtung, 1995, 388) Mit dem positiven Frieden verbunden ist der Begriff der Gewaltlosigkeit, die bei Galtung (1995, 391–392) im Besonderen nicht-militärische >Verteidigung bedeutet.

Friede kann auch als die Fähigkeit zu politischer Gestaltung von >Konflikten oder des Konfliktmanagements verstanden werden: Friede „ist nicht der Zustand völliger Abwesenheit von politischen Konflikten, sondern die Summe der Fähigkeiten und Instrumentalitäten, mit ihnen in anderer als gewalttätiger Weise umzugehen“. (Rendtorff, 1984, 42) Eine Friedensordnung „ist eine demokratische Ordnung, in der die Gefahr des gewaltsamen Konfliktaustrags nicht (mehr) besteht“. (Lutz, 1999, 1) (>>Sicherheit; >Gemeinschaft, internationale; >Gesellschaft, internationale)

Dieter Senghaas (2017, 33–41) erweitert die Kombination von negativem und positivem Frieden auf vier Dimensionen: den Schutz vor Gewalt, den Schutz der Freiheit, den Schutz vor Not und den Schutz kultureller Vielfalt. Vom historischen China bis zum feudal-zersplitterten mittelalterlichen Europa bedeutete Frieden die Verhinderung kriegerischer Gewalt. Dieses negative Verständnis von Frieden prägte auch die moderne territorialstaatliche Friedensdiskussion. Die vier Dimensionen erwiesen sich nach Senghaas hingegen als friedenswissenschaftliche Grundlage eines dauerhaften Friedens.

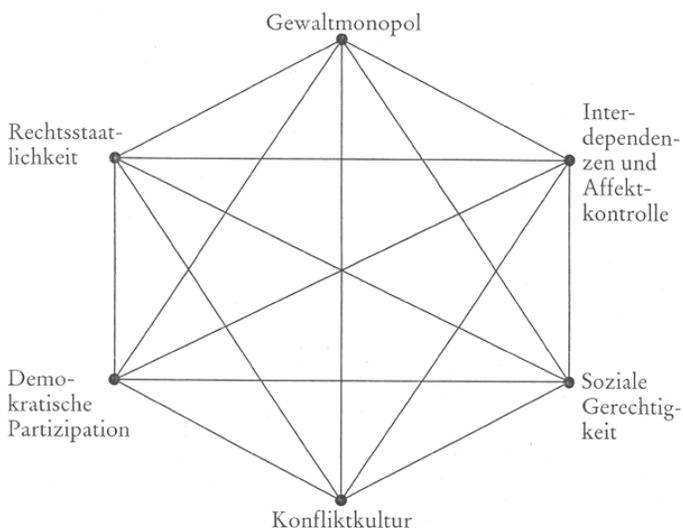
Die These des demokratischen Friedens besagt, dass demokratische Staaten keine Kriege gegeneinander führen und Konflikte friedlich lösen würden. >Demokratien führen Kriege, allerdings nicht oder selten gegeneinander. Von einigen Grenzfällen abgesehen, ist diese Theorie empirisch/statistisch seit 1815 sehr gut belegt. Sehr viel hängt davon ab, wie eine stabile Demokratie (>liberal Demokratie) definiert wird. Waren etwa die kriegführenden (>Kriegführung) Mächte vor dem Ersten Weltkrieg demokratisch? Die theoretischen Begründungen dieser These sind allerdings vielfältig, und keine kann restlos überzeugen. (u. a. Russett, 1993. Brown et al., 1996. Gärtner/Akbulut/Honig, 2015) Die meisten Autoren greifen zur Erklärung auf Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ zurück. Elemente der Erklärung sind: Freiheit und gesetzliche Gleichheit der Bürger, repräsentative Regierung, Gewaltenteilung, Achtung des >Völkerrechtes, internationaler Handel (>Interdependenz) etc. Keine der Erklärungen kann jedoch einen zwingenden kausalen Zusammenhang herstellen. Studien von Mansfield/Snyder (1995, a, b) haben ergeben, dass die These wohl auf stabile Demokratien zutrifft, nicht aber auf sich demokratisierende Staaten, die eine höhere Kriegsanfälligkeit aufweisen. Außerdem stellt sich die Frage, warum es auch Frieden zwischen Nicht-Demokratien gibt. Eine mögliche Antwort könnte sein, dass Demokratie wohl eine hinreichende aber keine notwendige Bedingung für Frieden ist. Weitere Einwände bestehen darin, dass gemeinsame >Bedrohungen den Frieden zwischen Demokratien erhalten haben, oder dass erst der Friede die Entwicklung von Demokratien ermöglicht.

Politisch relevant ist die Frage, mit welchen Mitteln Demokratie durchgesetzt werden soll. Ist US-Präsident Clinton in seinem Wahlprogramm von 1992 mit der Formulierung „Enlargement of Democracies“ noch davon ausgegangen, dass sie friedlich verbreitet werden kann, schließt der >Neokonservatismus, der ab 2001 starken Einfluss auf die Regierung Bush bekommen hat, gewaltsame Mittel ein (Demokratisierung des Mittleren Ostens war zum Beispiel eine Begründung für den Krieg gegen den Irak im Jahr 2003). Charles Krauthammer (2004) hat die idealistische These vom demokratischen Frieden mit dem >Realismus verbunden und den Begriff des „demokratischen Realismus“ entwickelt: Demokratie soll überall, mit „Blut und Geld“ (blood and treasure) unterstützt werden, allerdings nur dort, wo strategische Interessen (>>Strategie; >grand strategy) der USA vorliegen.

Das zivilisatorische Hexagon von Dieter Senghaas entstand aus der Debatte über den >demokratischen Frieden, wonach entwickelte demokratische Staaten keine größeren Kriege gegeneinander führen. Senghaas argumentiert, dass das zutreffen mag, aber nicht ausreicht. Fünf weitere Bausteine seien notwendig, dass Frieden wahrscheinlicher wird. Für Senghaas ist Friede ein Zivilisierungsprojekt, das aus dem Gewaltmonopol, der Rechtsstaatlichkeit, demokratischer Partizipation, sozialer Gerechtigkeit, einer Konfliktkultur, Interdepen-

denzen und Affektkultur besteht, die durch ihre wechselseitige Abhängigkeit ein Hexagon bilden.

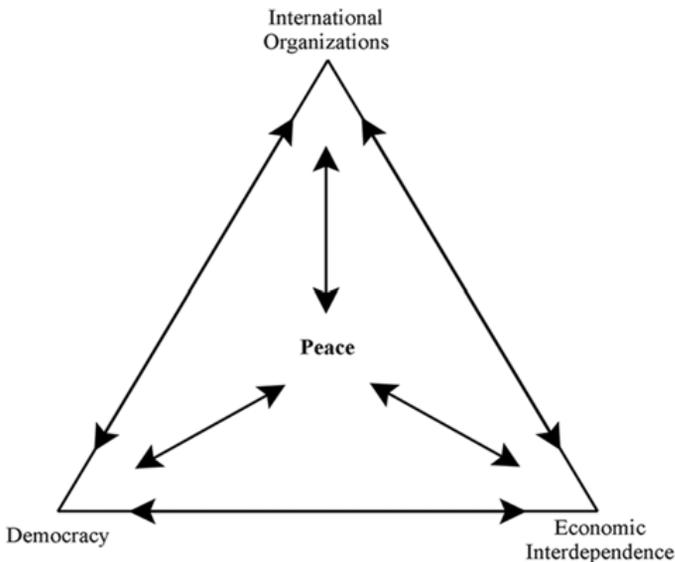
Schaubild: Das zivilisatorische Hexagon



Das zivilisatorische Hexagon von Dieter Senghaas

Das Gewaltmonopol bedeutet die Entprivatisierung von Gewalt und wird von der Rechtsstaatlichkeit kontrolliert und von demokratischer Partizipation legitimiert. Friede und Demokratie kann es ohne soziale Gerechtigkeit und Sicherung der Grundbedürfnisse nicht geben. Konfliktkultur bedeutet, dass Konflikte nicht gewaltsam, sondern friedlich ausgetragen werden. Interdependenzen verringern die Kriegswahrscheinlichkeit durch wirtschaftliche Kooperation und politische Vernetzung. Sie erhöhen aber auch die gegenseitige Verwundbarkeit; damit diese nicht ausgenutzt wird, ist Affektkontrolle notwendig.

Bruce Russetts (2015) triangle ist einfacher als das Hexagon von Dieter Senghaas. Es verwendet nur die von Immanuel Kant entwickelten Prinzipien, die aus dessen Definitivartikel abgeleitet sind: Internationale Organisationen basierend auf Völkerrecht, Demokratie in den Republiken, wirtschaftliche Interdependenz durch Handel. Für Russett lassen sich diese Prinzipien besser für empirische Analysen operationalisieren. Russett schränkt aber ein, dass Korrelation noch nicht Kausalität bedeutet (>>Theorie). Zum Beispiel kann der Zusammenhang von Handel und Frieden mehr oder weniger Konflikt bedeuten (>Interdependenz).



Kantsches Triangle von Bruce Russett

Die empirische Kriegsursachenforschung hat eine Reihe von Kriegsdefinitionen, um Krieg auch messbar zu machen (wie zum Beispiel die Anzahl von Kampfopfern). Frieden empirisch zu messen, ist um einiges schwieriger. Pfetsch/Billing, (1994, 19) haben eine Definition entwickelt, die Frieden operationalisierbar, also empirisch messbar machen soll: Friede „ist im ... operationalen Sinne ein Zustand im inneren und äußeren Bereich von Staaten, der von keiner organisierten innerstaatlichen Gruppe und von keinem Mitglied infrage gestellt wird und schon gar nicht mit Gewalt geändert werden soll“. „Operational“ heißt hier empirisch. Innerer Friede bedeutet, dass sich alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen an ihre verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten halten, also ihren Status nicht gewaltsam verändern wollen. Äußerer Friede bedeutet, dass völkerrechtliche (>Völkerrecht) oder sonstige vertragliche Abmachungen (>Friedensvertrag) respektiert werden und nicht die Absicht (>Absichten) besteht, sie gewaltsam zu verändern.

Eine ganz andere Art von Frieden ist der „hegemoniale Friede“. Im hegemonialen Frieden ist die Überlegenheit eines Staates so groß, dass die unzufriedenen Staaten den Status quo nicht verändern können, und dennoch versucht der hegemoniale Staat (>hegemonic stability) nicht, wie im imperialen Frieden, die zur Ohnmacht verurteilten Einheiten aufzusaugen. (Aron, 1986, 184) Raymond Aron (1986, 183) unterscheidet „drei Typen des Friedens: Gleichgewicht (>Mächtegleichgewicht), >Hegemonie und Imperium (>empire, >Impe-

rialismus). In einem historisch gegebenen Raum sind die Kräfte der politischen Einheiten im Gleichgewicht, oder sie werden von einer unter ihnen beherrscht, oder von einer unter ihnen so weit überflügelt, dass alle Einheiten außer einer ihre Autonomie als Zentren politischer Entscheidungen verlieren und zu verschwinden drohen. Der imperiale Staat behält sich das Monopol der legitimen >Gewalt vor". (Weber, 1973, 453) (>Legitimität) Im hegemonialen Frieden missbraucht der Staat die Hegemonie nicht, er achtet die äußeren Formen der staatlichen Unabhängigkeit und strebt nicht nach dem Imperium. Man kann dann von einem stabilen Frieden sprechen, beschreibt eine Situation, in welcher die Wahrscheinlichkeit eines Krieges so gering ist, dass er nicht wirklich in Betracht gezogen wird. (Boulding, 1989)

Vertreter der realistischen Schule sehen im Mächtegleichgewicht, das funktioniert, wenn keine Seite signifikant der anderen überlegen ist, die Grundlage, die einen labilen Frieden gewährleisten kann. Das sich daraus ergebende Sicherheitsdilemma, wonach die jeweiligen Verteidigungsanstrengungen zu Aufrüstungsprozessen führten, wird in Kauf genommen oder sogar begrüßt. Während des >Kalten Krieges (Gärtner, 2017), der auf einem Gleichgewicht von zwei Polen (>Bipolarität; >Mächtegleichgewicht), die USA und die Sowjetunion, basierte, entstand zusätzlich eine Reihe von impliziten Regeln, die das Verhalten der Staaten beschränkten. Diese Regeln waren nicht schriftlich niedergelegt. Sie waren nicht das Ergebnis von diplomatischen >Verhandlungen (>Diplomatie) oder völkerrechtlichen Beschlüssen, sondern sie setzten sich aus gegenseitigen Interessen, nicht expliziter Anerkennung von Einflussbereichen, eingespielten Verhaltensweisen, Gewohnheiten und Präzedenzfällen zusammen. Diese Verhaltensregeln waren keine Vereinbarungen, spielten aber eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung des Status quo. John Lewis Gaddis (1986) hat diese ungeschriebenen Regeln, die sowohl die USA als auch die Sowjetunion weitgehend respektierten, als Grundlage für den „langen Frieden“ im Kalten Krieg bezeichnet.

Weder geopolitisch noch institutionell fragt die Friedensethik „durch eine Reflexion über Ziele und Mittel friedensfördernden Handelns ... nach dem rechten Handeln und Verhalten des Menschen". (Werkner, 2017, 4) Friedensethik ist ein normativer Begriff, der kritisch-normatives Orientierungswissen anbieten will, „das auf verschiedenen Ebenen (Staat, Gesellschaft, Institutionen, Individuen) wirksam werden kann". (Werkner, 2017, 1–7) Friedensethik thematisiert die menschliche Verantwortung für den Frieden. Im Unterschied zur Friedensforschung will Friedensethik nicht unbedingt Handlungsanleitungen geben.

Weiterführende Literatur:

Galtung, Johan, Gewalt, Frieden und Friedensforschung (1969), Senghaas, Dieter, (Hg.), Kritische Friedensforschung.

Russett, Bruce, What Is the Democratic Peace? Gärtner, Heinz/Honig, Jan Willem/Akbulut, Hakan, (ed.), Democracy, Peace, and Security, Lessons Learned from 1914 and 1815.

Senghaas, Dieter, Frieden als Zivilisierungsprojekt, Senghaas, Dieter, (Hg.), Den Frieden Denken.

Gewalt

Gewalt „liegt dann vor, wenn Menschen so beeinflusst werden, dass ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer als ihre potentielle Verwirklichung ist“. (Galtung, 1971, 57)

Aus dieser Gewaltdefinition leitet Johan Galtung auch den Begriff der „strukturellen Gewalt“ ab, bei der es zu keiner physischen Gewaltanwendung kommen muss. Soziale, ökonomische, politische und psychologische Beziehungen können schon Ausübung von Gewalt sein (>>Macht). Strukturelle Gewalt ist für Galtung ein erweiterter Begriff von Gewalt mit dem Doppelaspekt von personaler und struktureller Gewalt. (Galtung, 1971, 86) Diesen Doppelaspekt gibt es auch beim >>Frieden, der als Abwesenheit von Gewalt begriffen wird. Ein erweiterter Begriff von Gewalt führt zu einem erweiterten Begriff von Frieden, also als Abwesenheit von personeller und struktureller Gewalt. Galtung bezeichnet diese beiden Formen als negativen bzw. positiven Frieden.



Galtungs Definition der strukturellen Gewalt hat zu einer inflationären Verwendung des Gewaltbegriffes geführt, da zwischen den einzelnen Formen der Gewalt nicht mehr unterschieden wurde. Das führte einerseits zu analytischen Unklarheiten, hatte aber auch Auswirkung auf politische Interpretationen. Der Unterschied zwischen militärischer Besetzung (und auch Tötung) und wirtschaftlicher Ungleichheit verschwindet. (>>Krieg; >>Intervention)

Gewalt hat nach Max Weber auch einen legitimen Charakter (>Legitimität). Der >Staat ist nach Weber (1973, 453) derjenige Verband, der das „Monopol legitimer Gewaltsamkeit“ in Anspruch nimmt. Dadurch entsteht das Gewaltmonopol. Der Begriff besagt, dass in einem rechtlich geordneten Gemeinwesen der Staat allein staatliches Handeln mit der Anwendung physischer Gewalt legitimieren kann. Gewalt wird hier nicht im Sinne von Zwang verstanden (>Hegemonie). Ein staatliches Gewaltmonopol zur Kontrolle eines Territoriums besteht, wenn der Staat eine Verwaltung besitzt, mit der er seine Ressourcen kontrolliert, und eine Armee und Polizei zur Befriedung lokaler Konflikte sowie zur Entwaffnung privater Gewaltakteure einsetzen kann. (Schneckener, 2003, 12)

Wenn dieses Gewaltmonopol nicht besteht oder aufgelöst wird, kommt es zu einer Privatisierung der Gewalt. Hedley Bull (1977, 1985, 254f, 264–276) hat eine solche Entwicklung als >neo-mediaevalism bezeichnet. Das bedeutet eine Zunahme der Zahl und des Einflusses von privaten Gewaltakteuren (organisierte Kriminalität, Mafia, private Polizei bis zu Privatarmeen) (>private militärische Unternehmen, >>Terrorismus) bei gleichzeitig zunehmendem Verlust der Autorität der Staatsgewalt. Staaten mit einem noch existierenden aber fra-

gilen Gewaltmonopol werden als schwache Staaten oder weak states bezeichnet, wie einige Staaten Afrikas, Lateinamerikas und Asiens. Schwache Staaten haben zumeist autoritäre Regierungen. Staaten mit einer funktionierenden >Demokratie und mit rechtsstaatlichen >Strukturen ohne politische, ökonomische und ethnische Fragmentierung bezeichnet Barry Buzan (1991) als starke Staaten. (>Kleinststaaten, >middle powers) Staaten, bei denen das Gewaltmonopol weitgehend aufgelöst ist oder gar nicht mehr existiert, nennt man fragile, scheiternde oder verfallende Staaten bzw. gescheiterte Staaten, wie Somalia oder Afghanistan.

Das Gewaltverbot in der Charta der Vereinten Nationen (>Institutionen, internationale; >internationale Organisationen) (Art. 2/4) basiert auf einer sehr engen völkerrechtlichen Interpretation von Gewalt (>Völkerrecht), die sich auf die Unverletzlichkeit der Grenzen und territorialer >Souveränität richtet. Es verlangt, dass „alle Mitglieder ... in ihren >internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt (unterlassen)“¹¹. Das Gewaltverbot kennt nur zwei Ausnahmen: das sind das >Selbstverteidigungsrecht (Art. 51) und >Zwangmaßnahmen (Kapitel VII der UN Charta). Allein der Sicherheitsrat ist ermächtigt, eine militärische Operation zum Zweck der Wiederherstellung des Friedens und der internationalen >>Sicherheit zu autorisieren. Damit soll verhindert werden, dass Waffengewalt im Eigeninteresse der Staaten angewendet wird.

Weiterführende Literatur:

Galtung, Johan, Strukturelle Gewalt: Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung.
 Weber, Max, Soziologie, Universalgeschichtliche Analysen, Politik.
 Werkner, Ines-Jacqueline/Klaus Ebeling, (Hg.), Handbuch Friedensethik.

Intervention

Intervention ist „der Versuch eines auswärtigen >Akteurs, auf das Herrschaftssystem eines Landes einzuwirken“. (Czempiel, 1998, 149) Etwas spezifischer ist eine Intervention ein „Angriff auf die >Souveränität eines >Staates in Form der Einmischung in dessen innere Angelegenheiten durch politische Druckausübung, den Gebrauch wirtschaftlicher, militärischer oder sonstiger Machtmittel (>>Macht), um diesen gefügig zu machen“. (Buchbender, 2000, 159)

11 Charta der Vereinten Nationen, am 26. Juni 1945 in San Francisco unterzeichnet, Vereinte Nationen, Abteilung Öffentliche Information, New York.

Diese Definition bedeutet Druck ausüben und Maßnahmen setzen, die letztlich dazu führen können, dass mit militärischen Mitteln in die Souveränität eines Staates eingegriffen werden kann. Damit man von einer militärischen Intervention (>>Sicherheit) sprechen kann, muss sie beabsichtigt (>Absicht) sein. Daher kann man sie definieren als die beabsichtigte Anwendung von militärischer >>Gewalt, um eine andere Regierung zu gewissen Handlungen zu zwingen oder diese zu unterlassen. Militärische Interventionen dienen entweder dazu, mit gewaltsamen Mitteln eigene Interessen und Ziele durchzusetzen, oder zu verhindern, dass andere Parteien Gewaltmittel einsetzen, um ihre Interessen und Ziele zu erreichen.

Eine humanitäre Intervention ist eine >Zwangsmaßnahme von Staaten in einem anderen Staat, ohne dessen Zustimmung, um schwere und massive Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen zu verhindern. (>Völkermord) Humanitäre Intervention schließt im Gegensatz zu sonstigen humanitären Operationen zur Linderung des menschlichen Leides und Rettung menschlichen Lebens die Anwendung von Gewalt mit ein und kann mit oder ohne Autorisierung der Vereinten Nationen erfolgen. (nach DUPI¹²)

Eine Intervention aus humanitären Gründen in Bürgerkriegen mit militärischen Mitteln kann nur selten (in etwa 30 Prozent) der Fälle die unmittelbaren Kampfhandlungen (>Kampf) beenden. Eine Mischung von politischen, wirtschaftlichen und militärischen Maßnahmen erweist sich als erfolgreicher. (Regan, 2000) Nach John Shattuck¹³ (2004) müssen vier Kriterien vorhanden sein, um eine Intervention in einer humanitären >Krise zu prüfen: erstens ob ein >Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorhanden ist, zweitens ob der >Konflikt regionale Instabilität verursacht, drittens ob die Ausweitung zu einem größerer Konflikt droht, und schließlich viertens ob die Bereitschaft vorhanden ist, ein Minimum an Mitteln einzusetzen (>Fähigkeit), um die gesetzten Ziele zu erreichen. Die Definition lässt die Fragen offen, wer berechtigt ist, die Entscheidung zur Intervention zu treffen, was berechtigte Gründe dafür sind und zu welchem Zeitpunkt sie erfolgen soll.

Eine neue Debatte über humanitäre Interventionen begann nach der militärischen Intervention der NATO im Kosovo im März 1999. Diese Intervention wurde ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates vorgenommen, weil keine Zustimmung der permanenten Mitglieder Russland und China erreicht wurde. Viele Völkerrechtler betrachteten diese Intervention deshalb als Verletzung des >Völkerrechtes. Sie betonten, dass in der Charta der Vereinten Nationen¹⁴ dem

12 Diese Interpretation stammt aus dem Bericht des Danish Institute of International Affairs (DUP-I), Humanitarian Intervention, (11) der dem dänischen Außenministerium am 7. Dezember 1999 übergeben wurde.

13 John Shattuck war von 1993 bis 1998 US Assistant Secretary of State for democracy, human rights and labor.

14 Charta der Vereinten Nationen, am 26. Juni 1945 in San Francisco unterzeichnet, Vereinte Nationen, Abteilung Öffentliche Information, New York.